

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB würdigt den Beitrag von Richard Löwenthal zur Geschichte der SPD: Dank an einen Verfassungspatrioten.

Seite 1

Hans Koschnick MdB erinnert an den 45. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto: Bittere Tage der Erinnerung.

Seite 4

Dr. Alfred Emmerlich MdB untersucht die Legalität heimlicher Sicherheitsüberprüfungen von Stellenbewerbern: Verstoß gegen die Verfassung.

Seite 6

43. Jahrgang / 72

15. April 1988

Dank an einen Verfassungspatrioten

Rix Löwenthal zum 80. Geburtstag

Von Willy Brandt MdB
Ehrenvorsitzender der SPD

Heute wird Richard Löwenthal - Rix, wie ihn seine Freunde nennen - 80 Jahre alt. Für deutsche Sozialdemokraten, die ihm ihre Glückwünsche sagen, ist er einer der Ihren, der mehr als ein halbes Jahrhundert für die Ideen von Demokratie und Sozialismus lebt und steht. Vor ziemlich genau fünfzig Jahren sind er und ich einander zum erstenmal in Paris begegnet, und daraus ist geworden, was man ohne alle Schnörkel eine freundschaftlich-kritische Weggenossenschaft nennen kann.

Er hat in vielen Gremien der SPD, unter anderem als stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission und als Mitglied der Programmkommission, an ihrer Zukunftsfähigkeit mitgestaltet. Dabei war er unabhängig genug zu sagen, wenn er mit seiner Partei, auch deren Repräsentanten nicht übereinstimmte. Ich erinnere mich an solche Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Hochschul- oder der Sicherheitspolitik. Dennoch ist es Außenstehenden nie gelungen, ihn als Zeugen gegen die eigene Partei in Anspruch zu nehmen. Wenn er Kritik an Mehrheitsmeinungen für geboten hielt, argumentierte er mit offenem Visier - die Kampftechniken von Heckenschützen waren ihm stets zuwider.

Als er 1981 seine Besorgnisse in „Sechs Thesen zur Identität der SPD“ zusammenfaßte, schickte er den Text zuerst an mich - mit einem Brief, in dem es hieß: „Du wirst ja wissen, daß wir uns in letzter Zeit etwas auseinanderentwickelt haben. Das ändert weder etwas an meinen freundschaftlichen Gefühlen noch an meiner Hochachtung vor Deiner Leistung.“

Rix ist nicht nur als Sozialdemokrat wichtig. Wir würdigen in ihm

— den Wissenschaftler, der mit kühlem, analytischem Verstand die Wandlungen internationaler Politik - vor allem das Ost-West-Verhältnis - Entwicklungstendenzen industrieller Gesellschaften und die Chancen eines demokratischen Sozialismus beschrieben hat;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bazug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kernöldruck-Linotype
mit vor- und rückseitiger
A 1-1100-Papier



- den Publizisten, der eine Sprache spricht und schreibt, die nicht nur auf einem Universitäts-campus verstanden wird;
- den engagierten Staatsbürger, der schon als junger Mann im Widerstand gegen das Naziregime Freiheit und Leben gewagt hat, im Exil für eine realistische und zugleich menschliche Politik gegenüber dem Kriegsgegner Deutschland eintrat, den Wiederaufbau einer deutschen Republik mit kritischem Rat begleitete und zur Festigung demokratischer Strukturen in Staat und Gesellschaft nicht wenig beitrug.

Der Glückwunsch zum runden Geburtstag von Rix Löwenthal ist zugleich Dank an einen Verfassungspatrioten, der diese Bezeichnung wahrlich verdient.

In Berlin ist er zur Welt gekommen - nicht in ein sozialdemokratisches Milieu hineingeboren, vielmehr Kind einer bürgerlichen Umwelt, Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie, dem nach dem Besuch des Mommsen-Gymnasiums der Weg zur Universität offenstand. Als Student bereits schloß er sich der kommunistischen Bewegung an; die Ungeduld mit sozialem Unrecht und die frühe Erfahrung mit einer schwachen Republik führten ihn in die Reihen der radikalen linken Opposition. Mit der KPD brach er allerdings schon Ende der zwanziger Jahre, nachdem diese Partei ihre blinde Unterwerfung unter die Ziele sowjetischer Politik demonstriert und mit ihrer unsinnig-selbsterstörerischen These vom „Sozialfaschismus“ die Zerwürfnisse innerhalb der damaligen Arbeiterbewegung noch gesteigert hatte.

1933 schloß sich Richard Löwenthal der linkssozialistischen Widerstandsbewegung „Neu Beginnen“ an - mit seinen Freunden - unter ihnen Fritz Erler - teilte er die schmerzliche Einsicht, daß ein rascher Zusammenbruch faschistischer Gewaltherrschaft in Europa nicht zu erwarten sei. Die Leitung seiner Gruppe riet ihm entschieden zum Weg ins Exil. 1935 ging er zunächst nach Prag, schrieb - unter seinem Pseudonym Paul Sering - in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen „Zeitschrift für Sozialismus“ und in der von Paul Hertz redigierten „Sozialistischen Aktion“, verlegte seinen Wohnsitz nach dem Münchner Abkommen von 1938 auf die britische Insel, wo die Einsicht in die innere Kraft englischer Parlamentsdemokratie sein politisches Denken stark beeinflusste.

Als Journalist, Mitarbeiter des „Observer“, sah Richard Löwenthal 1948 Deutschland wieder - ein verwüstetes Land, dessen demokratische Linke sich darum mühte, erneut Anschluß an die geistige Entwicklung des Westens zu finden. Paul Serings Buch „Jenseits des Kapitalismus“, - den „überlebenden Freunden in Deutschland“ gewidmet - war dabei eine wichtige Hilfe. Zu den Männern, mit denen Richard Löwenthal bereits im englischen Exil zusammengearbeitet hatte, vor allem in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen“ - Erich Ollenhauer, Waldemar von Knoeringen, Willi Eichler - gesellten sich andere, die gleichen Sinnes waren, so Ernst Reuter in Berlin, Carlo Schmid in Bonn.

Es war der Wunsch Hanna Reuters, daß Richard Löwenthal mit mir (unterstützt von Harold Hurwitz, einem jungen Sozialisten aus den USA) die Biographie Ernst Reuters schreibe, ein Buch, das - 1957 erschienen - immer noch Wesentliches zur Nachkriegsgeschichte Berlins und zur deutschen Entwicklung überhaupt zu vermitteln vermag.

In den fünfziger Jahren als Journalist, seit 1961 dann als Politikwissenschaftler - Ordinarius für Geschichte und Theorie der Auswärtigen Politik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität - hat Richard Löwenthal sich vorrangig mit Entwicklungstendenzen innerhalb des Sowjetimperiums beschäftigt, so auch mit dem Sonderweg Jugoslawiens unter Tito und dem beginnenden Schisma zwischen Moskau und Peking. In den späten sechziger Jahren und mehr noch in den siebziger Jahren auch nach seiner Emeritierung 1974 - entstanden wichtige Arbeiten über den gesellschaftlichen Wandel in den Industrieländern des Westens.

Den Aufbruch einer kritisch-engagierten Studentenbewegung Ende der siebziger Jahre hat er zunächst mit Sympathie begleitet. Enttäuscht und beunruhigt äußerte er sich dann über den Aktionismus von Rabeuken und neue Formen ideologischer Verwirrung in Schriften wie „Der romantische Rückfall“ (1970) und „Hochschule für die Demokratie. Grundlinien einer sinnvollen Hochschulreform“ (1972). Er wurde also zum scharfzüngigen Kritiker der studentischen Rebellen und derer, die unter dem Tarnmantel „Reform“ ganz andere Ziele verfolgten. Mindestens so wichtig war Löwenthals Einfluß auf das, was man unsere Ostpolitik genannt hat.

Er selbst hatte sich lange Zeit als radikaler Sozialist - im durchaus undogmatischen Sinne - verstanden. Als 1977 eine Neuauflage seines Buches „Jenseits des Kapitalismus“ erschien, schrieb Richard Löwenthal, er wisse natürlich - wie jeder ernsthafte zeitgenössische Sozialwissenschaftler - wieviel er den Marxschen Fragestellungen und der Marxschen Methode verdanke, aber: „So gewiß die Marxsche Perspektive, daß das kapitalistische System die Voraussetzungen seiner historischen Überwindung produziert, sich als entscheidend fruchtbarer Zugang zur Analyse der modernen Industriegesellschaften erwiesen hat, so gewiß hat die Marxsche Vorstellung davon, wie diese Überwindung sich vollziehen werde, sich nicht nur in Einzelheiten, sondern in den Kernpunkten als falsch erwiesen ...“ Der demokratische Staat, der zur Marxens Zeiten nur in Ansätzen existierte, habe sich „als entscheidender Faktor der gesellschaftlichen Transformation erwiesen“.

Als stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD hat Richard Löwenthal auf das Dokument eingewirkt, das diese Kommission im vergangenen Sommer gemeinsam mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vorlegen konnte. Sein Votum läßt sich von niemandem mit einer Handbewegung wegwischen; hat Gewicht auch bei vielen, die sich nicht mit der Sozialdemokratie identifizieren. Und so war es dem sachlichen Disput über das erwähnte Dokument sehr förderlich, daß er in einem Beitrag in der „Welt“ (2. September 1987) klarstellte:

„...es ist auch ein Verdienst der Sozialdemokratie, die nicht nur entscheidend für die Durchsetzung der gegenseitigen Anerkennung der zwei deutschen Staaten (1972) war, sondern nicht aufgehört hat, die Veränderungen in der DDR - und übrigens auch in der Sowjetunion und in Osteuropa - zu beobachten und mit ihren Vertretern produktiv zu diskutieren, auf die Gefahr hin, von in der fernen Vergangenheit steckengebliebenen, ahnungslosen Landsleuten als ‚schmachvoll‘ angesehen zu werden.“

Das Papier der Grundwertekommission der SPD sei ein Teil dieser fortlaufenden und viele Formen annehmenden produktiven Diskussion mit der „anderen Seite“ der deutschen und europäischen Politik.

(-/15.4.1988/st/ks)

* * *

Bittere Tage der Erinnerung

Zum 45. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto

Von Hans Koschnick MdB

Vorsitzender der Kommission für Internationale Beziehungen

Zur Zeit wird in der Volksrepublik Polen bis zum 19. April das Märtyrium der jüdischen Bevölkerung und ihr verzweifelter Überlebenskampf am Beispiel des Warschauer Ghetto-Aufstandes in die Erinnerung zurückgerufen.

Schon bei der Konzentration der polnischen jüdischen Bevölkerung in Ghettos des damaligen Generalgouvernements - nach Ablauf erster schrecklicher Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen durch die NS-Okkupanten - im Laufe des Jahres 1940 war den jüdischen Menschen, Frauen und Männern, Kindern und Greisen, ein unsägliches Leidensdruck auferlegt worden. Mehr als 100.000 Menschen starben allein im Ghetto zwischen November 1940 und Juli 1942 an Hunger, Epidemien, Erschöpfung durch Zwangsarbeit und auch Erschießungen. Weitere 330.000 wurden in den folgenden Monaten nach Treblinka - einem berüchtigten Vernichtungslager - transportiert.

Doch als am 18. Februar 1943 der Reichsführer der SS, Himmler, den Befehl erteilte, das Warschauer Ghetto zu vernichten und die restlichen Insassen von der Absicht der vollständigen Räumung zum Abtransport nach Treblinka, dem berüchtigten Vernichtungslager, erfuhren, organisierte sich der Widerstand. Kampflos wollte man nicht in den Tod geschickt werden.

Es lebten zu der Zeit noch rund 35.000 Juden legal und etwa die gleiche Zahl illegal im Ghetto. Sie hatten inzwischen heimlich ein beachtliches Netz von Bunkern für Verteidigungszwecke mit Vorräten an - zu wenig - Waffen und Lebensmitteln, zum Teil eingeschleust von polnischen Widerstandsgruppen, angelegt. Und die beiden bedeutenden Widerstandsgruppen, die Jüdische Kampforganisation (ZOB) und der Jüdische Kämpferbund (ZZW), alle mit traditionell politischem Background, organisierten den zu erwartenden Kampf.

Als dann am 19. April 1943 - also vor 45 Jahren - SS- und Polizeieinheiten in das Ghetto einrückten, um die noch vorhandenen jüdischen Bewohner zum Transport nach Treblinka herauszutreiben, schlug ihnen das Feuer des Widerstandes entgegen.

Hatte die SS geplant, in ein, zwei Tagen - rechtzeitig zum Geburtstag Hitlers - Warschau „judenfrei“ zu machen, kämpften die Widerstandsgruppen mehr als 14 Tage gegen die militärisch so viel stärkeren Kräfte des NS-Regimes.

Mit Panzern, Artillerie und selbst mit Luftangriffen mußten Haus für Haus, Bunker für Bunker niederkämpft werden. Erhebliche Verluste hatten die sogenannten „Ordnungskräfte“ hinzunehmen, bevor das Ghetto niederkämpft, die Häuser und Bunker gesprengt waren, und auch danach gab es Menschen in den Trümmern, die nicht aufgaben. Das Ende war die physische Vernichtung, doch das Beispiel war ansteckend. Vielfältiger jüdischer Widerstand flammte auf, die Vernichtungsaktionen konnten nicht mehr so einfach wie geplant realisiert werden, und auch in der polnischen Bevölkerung wuchs die Bereitschaft, verfolgten, geflohenen oder dem Inferno anderweitig entkommenen Juden zu helfen. Eine Bereitschaft, die umso höher einzuschätzen war, weil für jegliche Unterstützung jüdischer Menschen die Todesstrafe drohte. Nicht wenige Polen haben allein aus diesem Grund ihr Leben lassen müssen.

Wenn nun nach 45 Jahren dieser Tage in Warschau mit besonderer Intensität gedacht wird, tausende Juden aus der ganzen Welt (auch aus Israel!) in die Hauptstadt der Volksrepublik Polen kommen, dann nicht nur, um dem tragischen Ende dieses heroischen Kampfes zu gedenken, sondern auch, um der Hoffnung auf Lebensrecht und Menschenwürde ein Denkmal zu setzen.

Wir Deutschen können und wollen zu diesen Tagen der Erinnerung nicht schweigen. Wir wollen aus unserer Verantwortung für die Geschichte und die Zukunft unseres Volkes das schreckliche Leiden des jüdischen Volkes mit in unsere Erinnerung, mit in unsere Erziehung, mit in unsere Verantwortung für eine gerechtere Welt einbeziehen.

Nicht Verdrängen, nicht Vergessen, vielmehr Aufarbeiten und Einsetzen für eine Welt, in der ähnliches Unbegreifliches nicht mehr möglich sein darf, ist unser Auftrag aus dieser Zeit.

Wir Sozialdemokraten wollen jedenfalls dazu unseren Beitrag leisten.

(-/15.4.1988/vo-he/st)

* * *

Verstoß gegen die Verfassung

Die heimliche Sicherheitsüberprüfung von Bewerbern hat keine gesetzliche Grundlage

Von Dr. Alfrad Emmerlich MdB

Monitor hat es an den Tag gebracht: Bei Mannesmann werden Stellenbewerber vom Verfassungsschutz überprüft. Das geschieht, ohne daß die Stellenbewerber vorher davon informiert und nachher über das Ergebnis in Kenntnis gesetzt werden. Es besteht kein Zweifel daran, daß Sicherheitsüberprüfungen wie bei Mannesmann auch in anderen Betrieben stattfinden.

Gerechtfertigt werden diese Sicherheitsüberprüfungen mit „vorbeugendem Sabotageschutz“. Also mit der Behauptung, dadurch könnten Sabotageakte verhindert werden. Die Sicherheitsüberprüfungen führen dazu, daß Mitglieder von Parteien und Gruppierungen, die als extremistisch eingestuft sind, nicht beschäftigt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dadurch Sabotageakte verhindern zu können, ist minimal, jedenfalls nicht so groß, daß es gerechtfertigt ist, alle Bewerber einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen und Mitglieder extremistischer Parteien und Gruppierungen generell von der Beschäftigung auszuschließen. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß gegenwärtig Sabotageakte von letzteren zu befürchten sind. Eine solche generelle Befürchtung ist selbst für den Verteidigungsfall nicht gerechtfertigt. Wo dafür im Einzelfall begründete Hinweise gegeben sind, könnte dem im Verteidigungsfall hinlänglich Rechnung getragen werden.

Fußnote: Es gibt keine gesetzliche Grundlage für die heimliche Sicherheitsüberprüfung von Bewerbern. Die Verfassungsschutzgesetze geben weder lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen und Betrieben noch Regierungsstellen noch anderen staatlichen Behörden die Befugnis zur Durchführung solcher Sicherheitsüberprüfungen. Solche Sicherheitsüberprüfungen sind ohne eine gesetzliche Befugnis nicht nur unzulässig, sondern verstoßen gegen unsere Verfassung.

(-/15.4.1988/vo-he/st)

* * *